

29. Januar 2016, 00:00 Uhr

29. Januar 2016, 00:00 Uhr Update: 02. Februar 2018, 15:26 Uhr

## Leintal will in Sachen Flüchtlinge zusammenarbeiten

**Schwaigern** Gemeinsame Anlaufstelle der Kommunen für Asylbewerber wird vom Land gefördert

Von *Stefanie Pfäffle*



Die Leintalkommunen Schwaigern, Leingarten und Massenbachhausen wollen eine gemeinsame Anlauf-, Beratungs- und Koordinationsstelle für Flüchtlinge einrichten. Der Gemeinderat der Stadt Schwaigern, die als Arbeitgeber fungieren wird, hat jetzt als erster den Plänen zugestimmt. Gefördert wird die neue Stelle durch ein Integrationsförderprogramm des Landes. Sie soll die Tätigkeit der vielen ehrenamtlich Engagierten koordinieren und die Flüchtlingsarbeit bündeln und mitsteuern.



Für Flüchtlinge – hier die Gemeinschaftsunterkunft an der Neipperger Straße – soll eine interkommunale Koordinationsstelle eingerichtet werden. Foto: Stefanie Pfäffle

Zuschuss Weil die neue Position beim Schwaigerner Hauptamt angesiedelt sein wird, hat die Stadt in Absprache mit den Nachbarn den entsprechenden Förderantrag gestellt, der inzwischen genehmigt wurde. Das Land fördert die Stelle eines Flüchtlings- und Integrationsbeauftragten über einen Zeitraum von drei Jahren mit insgesamt 105 000 Euro, was 70 Prozent der jährlichen Personalkosten entspricht. Der Rest, 26 700 Euro pro Jahr, wird der Einwohnerzahl entsprechend aufgeteilt: jeweils 43,4 Prozent für Schwaigern und Leingarten, 13,2 Prozent für Massenbachhausen. Für die beiden größeren Orte sind das 11 600 Euro jährlich.

Die Ausschreibung für eine Besetzung ist seitens des Landes sehr genau vorgeschrieben. So muss die Person einen Abschluss eines Diplom- oder Staatsprüfungsstudiengangs an einer Dualen Hochschule oder einer entsprechenden Bildungseinrichtung, einer Fachhochschule oder einer pädagogischen Hochschule oder einen Bachelor von einer Hochschule vorweisen. Die Vergütung ist mit Stufe zwölf des öffentlichen Tarifs ebenfalls festgelegt. "Ich hatte mich gefragt, ob es unbedingt ein Diplomabschluss sein muss, aber das Integrationsministerium hat das bestätigt", berichtete Regina Jürgens (Grüne) von ihren Recherchen. Falls man jedoch aufgrund der Vielzahl an solchen neuen Stellen niemanden finde, könne man sich noch mal an Stuttgart wenden, um eine vernünftige Lösung zu finden. "Wir haben von dort auch viel Lob bekommen, dass wir uns als kleine Kommune beworben haben", erzählte sie.

Man habe auch schon darüber gesprochen, ob es unbedingt ein Sozialpädagoge sein müsse, ergänzte Bürgermeisterin Sabine Rotermond. "Da gibt es sicher auch andere geeignete Studienrichtungen."

Dienstherren SPD-Rat Rainer Dahlem hakte nach, wie es mit der Zuständigkeits- und Weisungsbefugnis aussehe. "Personen, die prozentual aufgeteilt sind, werden ja oft zerrieben zwischen den verschiedenen Dienstherren." Das könne man mit den anderen Kommunen sicher vertraglich regeln, meinte Rotermond. Die von Hans-Joachim Janus (FWV) angeregte Möglichkeit, die Qualifikation etwa von der Diakonie einzukaufen, behalte man im Hinterkopf.

Bei einer Enthaltung stimmte der Gemeinderat der neuen Stelle zu. Jetzt müssen die anderen beiden Kommunen noch entscheiden.

**Sie haben Fragen?** Gerne helfen wir Ihnen weiter. Schreiben Sie uns eine Mail oder rufen Sie an:

**Mail** [zeitung@stimme.de](mailto:zeitung@stimme.de) **Telefon** 07131 615-615